

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortl. Redakteur: Dresden.
Druckerei-Gesellschaft 25-241.
Für die Redaktion: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Aug. 1925 bei täglich zweimaliger Zustellung im Haus 1,50 Mark.
Anzeigen-Preise: für Normal 30 Zeilen 3 Mark. Einzelnummern 10 Pfennig.
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einpaltige 30 mm breite Zeile 30 Pf., für auswärts 35 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 40 mm breite Reklameweile 120 Pf., außerhalb 200 Pf., Oberstange 10 Pf., wenn. Kurzfristige gegen Vorzahlung.

Schriftleitung und Anzeigenabteilung: Markstraße 33/40.
Druck u. Verlag von Gustav & Richard in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Ein Regierungsausschuss an die Wirtschaft?

Ministerrat in Berlin über die Maßnahmen zur Preisreduzierung.

Die Grundlinien der Briand-Note. — Düsseldorf geräumt. — Vor dem erneuten Scheitern der Londoner Schuldenverhandlungen.

Gefährliche Aufkäufe des Handels.

Berlin, 25. August. In dem Ministerrat, der heute 11 Uhr bei dem Reichskanzler zusammengetreten ist, nahmen alle in Berlin anwesenden Kabinettsmitglieder teil. In erster Linie dürften die Besprechungen der Verhandlung der französischen Note dienen, obwohl das Programm offiziell die Erörterung laufender Angelegenheiten vorsieht. Unter diesen laufenden Sachen dürfte aber bei der heutigen Besprechung vor allem auch die Preisreduzierung der Regierung stehen. Die Entwicklung, die das Wirtschaftsleben in den letzten Wochen genommen hat, hat zu einer schweren Verunsicherung der Bevölkerung geführt. Die allgemeine einseitige Preissteigerung veranlaßt viele Handelskreise zu einer Auffassung ihrer Lage, die durch die Auffassung am dem Markt in seiner Weise begründet war. Diese Auffassung, die an die schlimmste Panikzeit erinnert, haben wieder dazu beigetragen, die Preisbremse in Erwartung einer weiteren Vertiefung immer stärker anzuziehen. Die Aktion der Regierung, der sich auch die großen Handelsverbände angeschlossen haben, bezweckt diesem schädlichen Treiben Einhalt zu gebieten und durch Auflagerung zu einer Beruhigung der Massen beizutragen. Die großen Verbände haben bereits entsprechende Rundschreiben an ihre Unterverbände gerichtet und sie aufgefordert, den vorerwähnten Tatsachen Rechnung zu tragen. Besonders gilt die Preisaktion der Regierung der ganz unbedeutenden Preissteigerung zwischen Rohprodukten und Fertigfabrikaten. Die heutigen Beratungen dienen speziell der Aufgabe, zu verhindern, daß der Handel zu den jetzigen unerschwinglichen hohen Preisen sich Lager hinlegt und eventuell Gefahr läuft, seine Hauptware später wieder billig abstoßen zu müssen. Um die übertriebene Kaufstendenz zum Aufhören zu bringen, dürfte der heutige Kabinettsrat eventuell einen Appell an die deutsche Wirtschaft formulieren, um sie vor unüberlegten Aufkäufen zu warnen.

Neue Vermittlung im Bauarbeiterstreik.

Berlin, 25. August. Der Reichsarbeitsminister hat am Montag mit der Spitzenorganisation der Arbeitgeberverbände des Bauwesens Verhandlungen begonnen und versucht, beide Parteien nochmals an den Verhandlungstisch zu bringen. Diese Besprechungen führten zu dem Ergebnis, daß die Arbeitgeber die Verbindlichkeitserklärung des von den Arbeitnehmern abgelehnten Schiedsspruches durch den Reichsarbeitsminister beantragten. Wie wir dazu hören, ist es noch sehr zweifelhaft, ob diese

Verbindlichkeitserklärung wirklich ausgesprochen wird, da die neue Tarifpolitik des Reichsarbeitsministeriums möglichst vermeiden will, amlich durch Verbindlichkeitserklärung von Gesamtschiedssprüchen in die großen Wirtschaftskämpfe einzugreifen, um dadurch eine Einigung zu erzwingen, die für die gesamte Wirtschaft Nachteile nach sich zieht. Zu dieser Klärung der Lage ist das Reichsarbeitsministerium vor allem durch das Eingreifen im Bauarbeiterstreik in Heinsdorf und Wehlfalen gekommen, wo die Verbindlichkeitserklärung des von den Arbeitnehmern abgelehnten Schiedsspruches dazu führte, daß die Industrie infolge der dadurch höher werdenden Baukosten die Aufträge zurückzog, so daß dadurch sowohl für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer ein beträchtlicher Schaden erwuchs. Wie aus Arbeitgeberkreisen verlautet, hat man dort die Verbindlichkeitserklärung auch nur beantragt, um sich vor dem Vorwurf zu schützen, daß man nicht alle im Schlichtungsverfahren vorgegebenen Einigungsmöglichkeiten benützt habe.

Ein Hinweis dafür, wie ernst die Lage von Arbeitgebern angesehen wird, ist die Tatsache, daß die Maßnahmen, die man für die Generalauflösung getroffen hat, auch angesichts des neuesten Schrittes des Reichsarbeitsministeriums nicht ausgeführt worden sind. Falls es nicht in letzter Stunde noch zu einer Einigung kommt, werden am Freitag etwa 600 000 Bauarbeiter in Deutschland entlassen werden. Im Reichsarbeitsministerium fanden am heutigen Vormittag Besprechungen statt, in denen eingehend über die Lage Stellung genommen wurde, die in Verbindung mit dem Lohnkampf bei der Reichsbahn im enghen Zusammenhang mit der Reichsregierung angeführten Preisreduzierungskampfe behandelt werden muß.

Ferner hat man sich im Reichsarbeitsministerium gestern mit dem Reichsbahn gegenüber drohenden Lohnkampf sehr eingehend beschäftigt. Entsprechend der Schlichtungsordnung hat der Reichsarbeitsminister bereits eingegriffen und sich zur Einschaltung eines Schlichters bereit erklärt, der allerdings erst noch ernannt werden muß. Beiden Parteien wird noch im Laufe des heutigen Tages diese Aufgabe mitgeteilt werden, und man wird voraussichtlich schon morgen zu den ersten Verhandlungen zusammenzutreten.

Ablehnung des Schiedsspruches im Ruhrbergbau.

Essen, 25. August. Wie zu frühiger Stelle mitgeteilt wird, haben die vier Bergarbeiterverbände an den Reichskommissar Reichlich ein gemeinsames Schreiben gerichtet, in dem sie den am 19. d. M. gefällten Lohnschiedsspruch einstimmig ablehnen.

Der Brückenkopf Düsseldorf geräumt.

Düsseldorf, 25. August. Heute vormittag gegen 9 Uhr haben die letzten Truppen der französischen Besatzung, eine Abteilung Infanterie und ein Regiment Kavallerie, das rechtsrheinische Düsseldorf verlassen und damit ist der Brückenkopf Düsseldorf nach fast vierzehnjähriger Besetzung wieder frei geworden. Die Truppen zogen über die Rheinbrücke in das linksrheinische Gebiet ab. In irgendwelchen Ausdrücken ist es nicht gekommen. (wh.)

Der „Matin“ bedauert die Klärung.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
Paris, 25. August. Die Klärung der Sanktionsfrage ist von der französischen Presse ebenfalls bedauert worden, wie die Klärung der Ruhr. Lediglich der „Matin“ erklärt heute sein Bedauern, (f) daß man die Sanktion geräumt habe, bevor noch die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen beendet seien. Frankreich habe damit wieder ein wichtiges Pfund aus der Hand gegeben.

Vorführung der deutschen Gefangenen.

Düsseldorf, 25. August. Die Franzosen haben die deutschen Gefangenen aus dem Ruhr- und Sanktionsgebiet mitgenommen. Die noch stehenden Fälle werden vom Kriegsgericht in Bonn abgeurteilt, während die Übrigen der aufzubehaltenden Kriegsgerichte nach Mainz transportiert wurden.

Neue Verbote der Rheinlandkommission.

Berlin, 25. August. Die Internationalisierte Rheinlandkommission hat dem Deutschen Automobil verboten, eine Flaggge zu führen, die geeignet sei, Zwischenfälle herbeizuführen. Ferner wurde die Aufführung von „Dauerspieler“, „Rosenmontag“ und „Blutgrenadiere“ verboten.

Linke, Steuern und Zölle.

In der „Nationalist. Korz.“ lesen wir: Die sozialdemokratische und demokratische Presse — von den Kommunisten ganz zu schweigen — gibt sich redliche Mühe, einen kleinen Sturm gegen Steuern und Zölle im deutschen Volke zu entfachen. Es will aber nicht recht gelingen. Es gibt doch immer noch Leute in Deutschland, denen bekannt ist, daß die Grundzüge der heutigen Steuererhebung seinerzeit von der Weimarer Koalition geschaffen worden sind. Man braucht ja nur an die Einführung der Lohnsteuer, der Umsatzsteuer, an den Wegfall des Zuschlagsrechts der Gemeinden zu erinnern. Heute stehen die Träger jener Gesetzgebung in der Opposition und leisten eine heftige Kritik gegen ein von ihnen selbst geschaffenes Steuerregime, um dessen Verbesserung die heutigen Regierungsparteien sich redlich bemüht haben.

Die Linksparteien kommen in ihren Angriffen zu dem selbstgemachten Widerspruch. Die Demokraten, insbesondere der Abgeordnete Fischer, suchen nachzuweisen, daß die Wirtschaft viel zu stark belastet sei. Das „Berliner Tageblatt“ bringt in seiner humoristischen Beilage (III) ein Bild, in dem der Reichsfinanzminister gezeichnet ist, wie er der deutschen Wirtschaft „den Saft abzapft“. Die Sozialdemokraten behaupten andererseits, kein Land hat eine so unsoziale Steuererhebung wie Deutschland. Nicht der Reichtum wird befreit, sondern die Armut. (Abg. Derr, am 7. August.) Dagegen schreibt das linksdemokratische „Tageblatt“ vom 15. August, daß von den bestehenden Klassen per Saldo noch immer mehr gefordert wird, als bei einer peinlichen Regelung notwendig wäre.

Man sieht, die geschäftstüchtigen Demokraten, die noch vor wenigen Monaten in ihrer Presse von riesigen Wohlständen des Reiches an die Großindustrie klinkerten, spielen sich zur Abwechslung als die Vertreter der Wirtschaft auf. Das wird vergebene Liebesmühe sein. Die maßgebenden Kreise der Wirtschaft wissen sehr wohl, daß nur unter geordneten Reichsfinanzen die Fortführung einer staats-erhaltenden Politik möglich ist. Sie wissen weiter, daß die Steuererhebung — wie alle Kompromisse — ihre Mängel haben mögen, daß sie aber im großen und ganzen von richtigen Gesichtspunkten geleitet sind.

Der stellvertretende Vorsitzende des Steuerausschusses des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Herr F. Hausmann, beleuchtet im zweiten Heft der Veröffentlichungen der „Steuerstelle“ dieses Verbandes die Entwicklung zu den nunmehr zum Abschluß gekommenen neuen Steuererhebungen vom Standpunkt der Wirtschaft aus. Diese Schrift bringt u. a. laut „Köln. Sta.“ eine nähere Untersuchung des Schlußwortes der Vereinfachung des Steuerrechts. Grundsätzlich werden hier die Wege, die der Gesetzgeber in den Entwürfen gegangen ist, wenn auch mit bestimmten Einschränkungen, anerkannt. Die Schlussfolgerung des Verfassers, daß die Wirtschaft nicht der Steuern wegen da sein, sondern umgekehrt die Steuern der Wirtschaft wegen, der Staatswirtschaft sowohl wie der Privatwirtschaft wegen, wird man voll und ganz anerkennen können. Ebenso wird man heute, im Hinblick auf das einflussreiche vollendete Gesetzwerk, das Urteil des Verfassers über die Gesetzwürde gelten lassen dürfen, daß hier, trotz der Notwendigkeit einer fast kritischen Einstellung, im ganzen genommen eine großartige Arbeit geleistet ist.

Ein sozialdemokratisches Meisterstück war die Stellung zum Finanzausgleich. Der „Vorwärts“ veröffentlichte in Nr. 190 eine lange Erklärung der Reichstagsfraktion, in der sie ihre Zustimmung zu dem Gesetz erklären wollte. Nachdem lang und breit die Vorzüge des Gesetzes aufgezählt sind, erhebt man am Schluß „auf neue schärfsten

Rein Fortschritt durch die Antwort Briands.

Noch kein konkreter Konferenzvorschlag.

Berlin, 25. August. Die Verzögerung der Veröffentlichung der französischen Antwortnote soll angeblich damit zusammenhängen, daß der französische Außenminister Briand die französische Presse selber über die französische Stellungnahme zur deutschen Anregung eines Siderheitspactes unterrichten will. Briand soll angeblich erst am Donnerstag von seinem Urlaub zurückkehren. Diese Begründung muß angesichts der Wichtigkeit des Objectes aber berechtigtem Zweifel begegnen, um so mehr, als den Franzosen ja der ausdrückliche Wunsch der deutschen Regierung nach einer früheren Veröffentlichung hinreichend bekannt war.

Die Antwortnote, die sich als ein Dokument von sechs Seiten Umfang darstellt, berührt die drei Hauptgesichtspunkte der letzten deutschen Note, und zwar die Frage der Siderheitsverträge, die Frage des Siderbundes in Verbindung mit den deutschen Einwürfen gegen den Artikel 16 und die Rückwirkung des Siderheitspactes auf die bestehenden Verträge. Eine bestimmte Einladung zu einer Konferenz oder einer Zusammenkunft scheint in der Note nicht enthalten zu sein. Dem Vernehmen nach ist auch in der langen Unterredung, die zwischen dem Außenminister und dem französischen Botschafter bei der Ueberreichung der Note stattfand, eine solche Anregung in konkreter Form nicht gegeben worden. Im übrigen vermeidet die Note irgendwelche bestimmte Stellungnahmen zu den im bisherigen Notenwechsel berührten Problemen. Sie geht vielmehr um verschiedene Einzelfragen gestilltlich herum und verweist überall auf die Notwendigkeit künftiger mündlicher Verhandlungen. So wird z. B. der deutsche Einwand gegen die französischen Wünsche nach alleiniger Garantie der Ostverträge dadurch zu entkräften versucht, daß die praktische Anwendbarkeit einer solchen Bestimmung als äußerst minimal bezeichnet wird. Auch die schon vor einigen Monaten bekanntgewordene Taktik, in unabweisbaren Fragen kompetente Sachverständigen einzusetzen, behält sich im Wortlaut der Note. Dies gilt vor allem für die von Deutschland gewünschte Abänderung des Artikels 16 des Siderbundesvertrages, für die die angebliche alleinige Zuständigkeit des Siderbundes vorgeschoben wird. Nach dem vorläufigen Eindruck scheint es sich bei dem Dokument im wesentlichen um einen formalen Akt zu handeln, der in der Sache selbst keinen Fortschritt im Sinne der deutschen Anregung vom 9. Februar bringt.

Veröffentlichung der Note Donnerstag?

Paris, 25. August. Aus dem Außenministerium wird heute mitgeteilt, daß die französische Note nicht, wie vorgeschrieben, am Freitag, sondern schon am Donnerstag der Öffentlichkeit übergeben werden wird, weil sonst der

Zeitraum zwischen der Uebergabe und der Veröffentlichung zu groß sein würde.

Deutschnationale und Sicherheitspolitik.

Berlin, 25. August. Von maßgebender deutschnationaler Seite erfahren wir: Das völkische „Deutsche Tageblatt“ veröffentlicht eine verknäuelte Entschließung des Vorstandes eines deutschnationalen Landesverbandes, in welcher das Vertrauen zu Versicherungen der Führer der Partei ausgesprochen wird, „wonach der Siderheitspact, in dem auf deutsches Land und deutsches Volk freiwillig Verzicht geleistet wird, mit den Stimmen deutschnationaler Minister und Abgeordneten nicht zum Abschluß kommt“. Darauf heißt es weiter: „Der Vorstand sieht deshalb in den Erklärungen des Fraktionsvorsitzenden Grafen Westarp im Reichstag, wonach bei der deutschnationalen Fraktion der erste Wille zur Mitarbeit am Zustandekommen des Siderheitspactes höchste Sicherheit, eine Besserung seiner Lage, eine Erleichterung des Versailleser Diktats und anderer Verträge bräute, nur taktische Wendungen, um jureit den Bruch der Koalition zu vermeiden.“

Um Ärztümer zu vermeiden, wird noch einmal der Wortlaut der Erklärung, die Graf Westarp namens der Reichstagsfraktion am 22. Juli im Reichstag abgegeben hat, wiedergeburt, und in der der Standpunkt der Fraktion authentisch folgendermaßen festgelegt ist:

„Gewiß, wir hegen lebhaften Zweifel und Sorge, ob auf dem Wege, den die französische Note eingeschlagen hat, der Friede der Welt wirklich gefördert würde, und für Deutschland ohne neue und diesmal freiwillig übernommene moralische Belastungen und unerträgliche Verzicht, eine erhöhte Sicherheit, eine Besserung seiner Lage, eine Erleichterung der Leiden der besetzten Gebiete erzielt werden kann. Ich glaube mich nicht darin zu irren, daß diese unsere Zweifel in weitesten Kreisen unseres Volkes sehr lebhaft geteilt werden. Aber auch wir sind erkrankt, alle Weltlichkeiten, die sich trotz dieser Zweifel und Bedenken erheben, im Interesse des allgemeinen Friedens Europas und im deutschen Interesse auszusprechen. Wir lehnen also die Gedankenansätze, um die es sich hier handelt, keineswegs ab. Darum können wir uns auch mit denjenigen Teilen der heute veröffentlichten Antwortnote einverstanden erklären, in denen der erste Wille Deutschlands, auf dem eingeschlagenen Wege fortanzukommen, sowie der Wunsch betont wird, auf diesem Wege zu einem Ziele zu gelangen.“

Es ist selbstverständlich, daß diese Fraktionserklärung nicht lediglich taktische Wendungen enthält, sondern durchaus ernst und sachlich gemeint ist.